

Die 100-Milliarden-Frage – nie war die Existenz der Ukraine so gefährdet

Stand: 09:24 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von **Stefanie Bolzen**, **Klaus Geiger**, **Thorsten Jungholt**, Martina Meister, **Mandoline Rutkowski**, **Gregor Schwung**

Aus den USA fließt kein Geld für die Ukraine – und in dieser Woche entscheidet sich, ob auch in der EU riesige Milliarden-Summen blockiert bleiben. Aber selbst, wenn eine Lösung gefunden wird: Auf die langfristig größte Gefahr blickt Europa mit Ratlosigkeit – auch im Kanzleramt.

Eine „Last Minute“-Angelegenheit soll es gewesen sein, wegen der Wolodymyr Selenskyj am vergangenen Dienstag eine Ansprache vor US-Senatoren absagte. Eigentlich wollte der ukrainische Präsident in einer Videobotschaft um die Bewilligung weiterer amerikanischer Militärhilfen bitten. Ohne die „wird es schwierig, unsere Position zu halten und zu überleben“, gab Selenskyjs Stabschef Andrij Jermak nur wenige Stunden zuvor zu Protokoll.

Am Mittwoch wurde klar, dass Selenskyj nichts mehr hätte bewegen können. Das Paket, in dem die Unterstützung für Kiew mit Hilfen für Israel und mehr Geld für die Grenzsicherung zusammengefasst wurden, fiel im Senat durch. (</politik/ausland/article248919570/USA-Republikaner-blockieren-neue-Finanzhilfen-fuer-Ukraine-und-Israel.html>) Die Republikaner stimmten geschlossen dagegen – weil der Topf für die Sicherung der Grenze zu Mexiko zu klein sei. „Ich bin zutiefst besorgt, ob wir die Ukraine-Hilfen überhaupt noch durchbekommen“, sagt der einflussreiche demokratische Abgeordnete Brendan Boyle gegenüber WELT AM SONNTAG. „Denn nach den Republikanern im Repräsentantenhaus stellen sich nun auch die Republikaner im Senat quer.“

„Wir haben kein Geld mehr. Und fast keine Zeit mehr“, warnte die Direktorin des amerikanischen nationalen Haushaltsamts, Shalanda Young. Mit Ablauf des Jahres gibt es also keine Mittel mehr, um der Ukraine bei ihrem Abwehrkampf gegen die Russen zu helfen.

US-Präsident Joe Biden drängt weiter, dass die neuen Milliarden vor Weihnachten noch zugesagt werden. „Ich bin nicht bereit aufzugeben“, wandte er sich Mitte vergangener Woche an die Hardliner unter den Republikanern im Kongress. Verweigerten die USA neue Hilfen für die Ukraine, müssten womöglich am Ende US-Truppen gegen Wladimir Putins Soldaten kämpfen, weil dieser Nato-Staaten angreifen könnte, so Biden. Für Dienstag hat er Selenskyj ins Weiße Haus eingeladen, um seine Unterstützung für Kiew zu unterstreichen. Aus Bidens Sicht ist die Ukraine „Geisel einer extremen, parteiischen Grenzpolitik“ des rechten Flügels der Republikaner im US-Repräsentantenhauses.

Jener Flügel ist gespickt mit Trump-Loyalisten. Ihr Handeln lässt erahnen, dass es schwierig für die Ukraine werden könnte, sollte gar der Ex-Präsident nach der Wahl im kommenden Jahr wieder ins Weiße Haus einziehen. Wie Trump auf die Ukraine blickt, hat er bereits deutlich gemacht. Als Präsident „beende ich den Krieg binnen 24 Stunden“, (</politik/ausland/article245277494/Donald-Trump-Binnen-24-Stunden->

[beende-ich-den-Krieg-in-der-Ukraine.html](#)) sagte er im Sommer in einem TV-Interview. Wie er das erreichen will, ließ er unbeantwortet. Stattdessen platzte es aus ihm heraus: „Ich sage Ihnen was – ich will, dass Europa mehr zahlt. Die zahlen nur 20 Milliarden, wir zahlen 170. Die sollen das ausgleichen!“

Fakt ist aktuell: Durch die Blockade im Kongress können derzeit rund 60 Milliarden Dollar (rund 55 Milliarden Euro) für die Ukraine nicht fließen. Hinzu kommt, dass ausgerechnet jetzt die Lage in Europa ähnlich verfahren ist. Am Donnerstag kommen die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zum Gipfel zusammen, um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu beschließen.

Ungarn Ministerpräsident Viktor Orbán droht mit seinem Veto – und damit, ein 50-Milliarden-Euro-Paket der EU für die Ukraine zu torpedieren. Insgesamt fehlen Kiew also mehr als 100 Milliarden Euro aus Europa und den USA. Für das Land, dessen Bruttoinlandsprodukt vor dem Krieg nur rund 190 Milliarden Euro betrug (zum Vergleich: Deutschlands BIP liegt bei mehr als vier Billionen Euro), ist das schlicht eine existenzielle Gefahr. Es geht nicht nur darum, ob Kiew genug Waffen aus dem Westen erhält, um Russland standzuhalten. An der Frage, ob die Hilfen aus dem Westen fließen, entscheidet sich nicht nur, ob die Ukraine militärisch, sondern auch, ob sie finanziell überleben kann.

Aber selbst, wenn in den kommenden Tagen und Wochen in Brüssel und Washington nochmals ein Befreiungsschlag gelingt: Am Horizont erscheint längst eine Schicksalsfrage für die Ukraine und Europa. Die Blockade der Republikaner ist ein Vorgeschmack darauf, was unter einem US-Präsidenten Trump passieren könnte. In Europa müsste es längst einen Plan geben, wie man mit einem solchen Wahlausgang umgeht. Tatsächlich existieren in den Hauptstädten des Kontinents Ideen, doch die basieren oft auf fragwürdigen Annahmen und der Überschätzung eigener Fähigkeiten.

Berlin baut Kontakte zu Republikanern auf

Klar ist den Europäern zumindest, dass eine zweite Trump-Amtszeit ziemlich ungemütlich werden könnte. In Berlin versucht man deswegen schon seit einigen Monaten, Kontakte zu führenden Republikanern aufzubauen, die im Zweifel mäßigend auf den Präsidenten einwirken könnten. Mitte September reiste Außenministerin Annalena Baerbock deshalb nach Texas (</politik/ausland/plus247439858/Annalena-Baerbock-in-Texas-Warum-die-Aussenministerin-die-Naehe-der-US-Republikaner-sucht.html>) und besuchte den erzkonservativen Gouverneur Greg Abbott. Die deutschen Vertretungen in den USA haben die Ansage bekommen, die Verbindungen zu Republikanern auf Bundesstaatsebene zu verstärken und die Bedeutung deutscher Investitionen und Arbeitsplätze deutlich zu machen.

Auch der Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, Michael Link (FDP), klappert seit 18 Monaten republikanische Gouverneure und Senatoren ab. „Klar ist: Wenn Trump zurückkehrt, wird es für Europa unangenehm. Es ist Aufgabe von Politik, solche Worst-Case-Szenarien zu durchdenken“, sagt Link. Er arbeite intensiv daran, „die Beziehungen zu an Europa interessierten Republikanern massiv auszubauen, zu Gouverneuren und Senatoren, die an Schlüsselstellen sitzen und in ihren Staaten wichtige europäische Investments haben.“ Davon gebe es viele, „und wir müssen wissen, wen wir anrufen können“.

Auch in Großbritannien laufen Bemühungen, sich mit den Republikanern gut zu stellen. Namhafte britische Politiker geben sich dieser Tage in Washington die Klinke in die Hand. Vor zwei Wochen reiste Ex-Premierministerin Liz Truss in die USA, am Mittwoch folgte der frisch ernannte Außenminister David Cameron. Letzterer traf sich auch mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson.

Diese Logik basiert allerdings auf der fragwürdigen Annahme, dass Trump sich von gemäßigten Stimmen noch beeinflussen lässt. In einer zweiten Amtszeit, so sie denn kommt, wird Trump seine Ziele gut vorbereitet umsetzen, Teile des Staatsapparats zu zerstören – vor allem jene, die er als ihm feindlich eingestellt einordnet, etwa die Strafverfolgungsbehörde FBI oder das Justizministerium. Anders als während seiner ersten Amtszeit, werden seine engsten Mitarbeiter und sein Kabinett nur aus Loyalisten bestehen, die seine Pläne ohne Widerworte umsetzen.

Auf ein solches Szenario gibt es keine wirkliche Antwort in Europa. Wer Mitglieder der Bundesregierung fragt, ob Europa einen Ausfall der USA bei der Unterstützung der Ukraine kompensieren könne, bekommt meist eine ausweichende, gelegentlich aber auch eine ehrliche Antwort: „Nein.“

„Die USA sind ganz eindeutig der mit Abstand wichtigste Faktor“, sagt Transatlantik-Koordinator Link. „Die richtige Lehre daraus lautet, den europäischen Pfeiler der Nato zu stärken, sodass wir im Extremfall eines Nichthandelns der USA – aus welchem Grund auch immer – wenigstens ein Mindestmaß an militärischer Handlungsfähigkeit besitzen.“ Die ist nicht nur für die Ukraine-Unterstützung nötig. Denn was ist, wenn Putins Militär nach ein paar Jahren – vom Ukraine-Feldzug erholt – die Nato-Ostflanke ins Visier nimmt?

Frankreich stößt an seine Grenzen

In Paris dürften Verweise auf die Notwendigkeit von mehr strategischer Autonomie in Europa mit Genugtuung aufgenommen werden. Präsident Emmanuel Macron hatte dafür bereits während Trumps erster Amtszeit geworben. In Berlin entgegnete man ihm unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit demonstrativem Schweigen.

Selbst wenn sich Europa für mehr Eigenständigkeit entscheiden sollte, zeigt der Ukraine-Krieg dem Kontinent heute schon seine Grenzen auf. Zwar ist Deutschland, wie der Kanzler ausdauernd betont, mittlerweile der zweitgrößte Lieferant von Waffen und Kampfmateriel für Kiew und hat von Ende Januar 2022 bis Juli 2023 Militärhilfen in Höhe von 17,1 Milliarden Euro zugesagt oder geliefert. Im gleichen Zeitraum sagten die USA allerdings Waffen und Militärgüter im Wert von rund 41,1 Milliarden Euro zu.

Auch Paris war in jüngster Zeit immer wieder sehr bemüht, Kiew seiner Unterstützung zu versichern, „so lange wie nötig“, wie es Macron gern formuliert. Aber Frankreich stößt ebenfalls an seine Grenzen. Von seinen 77 Caesar-Haubitzen hat es 30 an die Ukraine geliefert.

Aus Angst, die eigene Verteidigungsfähigkeit zu gefährden, hat Paris inzwischen umgeschwenkt: Statt

Waffen zu liefern, soll Kiew die Deals direkt mit der französischen Waffenindustrie machen. „Wir können nicht unendlich weiter Waffen abgeben“, sagte Verteidigungsminister Sebastian Lecornu im Sommer. Auch die Briten werden nicht in der Lage sein, ihr Engagement so zu erhöhen, dass Europa die US-Hilfen ersetzen kann. Denn die britischen Staatskassen sind leer.

Die Ukraine wartet im Dezember noch immer darauf, dass London ein Militärhilfe-Budget für das Jahr 2024 freigibt. Im kommenden Jahr stehen Wahlen an, derzeit liegt die Regierungspartei in Umfragen 15 bis 20 Prozentpunkte hinter Labour. Die Konservativen könnten angesichts dieses Rückstandes durchaus geneigt sein, Gelder lieber in Wahlgeschenke als in einen eingefrorenen Krieg fließen zu lassen.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/248966692>